Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – Braucht es hier Bürgerbeteiligung?

HföV Bremen

„Kommunale Kriminalprävention und Bürgerbeteiligung“

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW

– Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften –

Ausgangslage

- Sicherheit und Ordnung, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im lokalen Raum
- Aufbau von vernetzter Sicherheitsproduktion mit Kriminalpräventiven Räten und Ordnungspartnerschaften etc.
- Forschungserkenntnisse zu
  - Verbreitung der Gremien
  - Thematischer Schwerpunktsetzung
  - Struktur- und Organisationsprinzipien
- Forschungsbedarf zu internen Strukturen, Prozessen und Wirkungen
- *Hier*: Fokus Akteursanalyse und Bürgerbeteiligung

Forschungshintergrund

- Projekt 1: Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten
  - Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften
  - Planungs- und Leitungsebene
- Projekt 2: Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt
  - Arbeitsgremien zu ausgewählten Handlungsfeldern
  - Arbeitsebene

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Akteure in der Kriminalprävention

Grundthese:

- Alle relevanten Akteure aus staatlichem, gesellschaftlichem und ökonomischem Sektor sollen an der Querschnittsaufgabe beteiligt werden, deviantes Verhalten zu vermeiden, Kriminalität und (gravierende) Ordnungsstörung zu verhüten und das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen zu stärken.

Akteure in der Kriminalprävention

<u>Nebenthese:</u>

- Bürgerinnen und Bürger sind in der kommunalen Kriminalprävention als Akteure einzubinden, da sie
  - direkte Wahrnehmung von Problemen haben,
  - Träger der informellen Sozialkontrolle sind,
  - mit zivilgesellschaftlichen Maßnahmen Devianz bekämpfen und Integration leisten können.

Akteure in der Kriminalprävention

<u>Gegenthese:</u>

- Die Integration von Bürger/innen in kriminalpräventiven Gremien bringt wenig positive Effekte, vielmehr werden
  - die Verhandlungskosten erhöht,
  - die Qualität der Beratung gemindert,
  - die Effizienz nicht erhöht und
  - ist die Legitimitätsfrage kritisch zu sehen.

Aus der Forschung...

- Die Beteiligung „freier“ Bürger in Planungs- und Entscheidungsgremien ist selten.
- Gremien leben von der Zusammenarbeit der „Zuständigen“ und „Profis“.
- Akteursrekrutierung folgt impliziten Zielen per Kooptation.
- Programmausrichtung ist von „Initial“-Akteuren geprägt.

Aus der Forschung…

- Grundlage der Zusammenarbeit in Gremien ist die abgestufte Zielsetzung der Kommunikation, Koordination und Kooperation.
- Effektivitäts- und Effizienzanforderungen reduzieren die Akteursvielfalt.
- Kernelement der Zusammenarbeit ist der „gerechte Tausch“ von Ressourcen.
- Wichtige Ressourcen sind vor allem Information, Infrastruktur, Arbeitskraft, Spezialwissen, Zielgruppenzugang.

Aus der Forschung…

Bürger?

Gewichtetes Partizipationsprofil der Akteure im policy-cycle

	Stadt	Polizei	Justiz		Wohl-fahrts-verbände	Anspruchs-vereini-gungen	Freizeit-vereine
			AG	StA			
Problem(re-) definition	●	●	•	●	●	●	●
Agenda-Setting	●	●	•	●	●	•	
Politik-formulierung	●	●		•	●	•	
Politikimple-mentation	●	●		●	●	•	●
Politik-evaluierung	●	●			●		

Quelle: Frevel: Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Frankfurt 2007, S. 176.

Schlussfolgerung

- In der Mehrzahl der Gremien gibt es keine Einbindung von „freien“ Bürgerinnen, da sowohl die Legitimität als auch die Effizienz hierdurch nicht gesteigert werden.
- Geht es um Koordination und Kooperation sind die „Zuständigkeit“ und „Professionalität“ gefordert und ist die Einbindung von Akteuren ohne besonderes Ressourcenangebot unnütz.

Schlussfolgerung

- Nicht die Integration in die Gremienarbeit leistet die angestrebten positiven Wirkungen bürgerschaftlicher Beteiligung.
- Gefordert ist vielmehr die zielgerichtete Erfassung von bürgerschaftlichen Problemeinschätzungen, Handlungsanforderungen und ausgewählten Beteiligungsmöglichkeiten.
- Nicht allgemeine Öffnung und breite Beteiligung, sondern Qualität der Partizipation müssen in den Fokus gerückt werden.